

Detlef Nakath

Zur Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen in der Ära Honecker

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 9. April 2009

1. Grundpositionen in beiden deutschen Staaten zur Gestaltung ihrer Beziehungen

Bereits seit dem 23. Mai 1949 heißt es in der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“¹

Während die DDR-Verfassung vom 6. April 1968 noch den Anspruch artikuliert, „der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen“, und die DDR im Artikel 1 als „ein sozialistischer Staat deutscher Nation“ definiert, hieß es in der veränderten Fassung der Verfassung vom 7. Oktober 1974: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“² Jeder Bezug auf die Fortexistenz einer gemeinsamen deutschen Nation war nunmehr aus der DDR-Verfassung getilgt worden, während man den Führungsanspruch der SED hinzugefügt hatte.

Zwischenzeitlich arrangierten sich die Regierungen beider deutscher Staaten vertraglich. Dies entsprach dem herrschenden Zeitgeist, der von Entspannungspolitik und dem Streben nach Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz geprägt war. Nach dem Transitabkommen und dem Verkehrsvertrag schlossen DDR und Bundesrepublik am 21. Dezember 1972 den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen ab. In dessen Präam-

1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe. Bonn 1989, S. 11.

2 Siegfried Mampel: Die Sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar. Frankfurt a. M. 1982, S. 31 und 81.

bel legten beide Seiten dar, dass sie diese Vereinbarung „unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage“ schließen würden.³ Am Tage der Unterzeichnung übergab ein Mitglied der westdeutschen Verhandlungsdelegation in der Poststelle des DDR-Ministerrates den „Brief zur deutschen Einheit“, der für die Bundesregierung die verfassungsmäßige Absicherung ihrer Berechtigung zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der DDR darstellte. Der inzwischen zum Bundesminister für besondere Aufgaben in Willy Brandts Kanzleramt avancierte Egon Bahr argumentierte darin im Namen seiner Regierung, „dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuarbeiten, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.⁴

Die DDR betrachtete den „Brief zur deutschen Einheit“ als einseitige Angelegenheit und notwendiges Legitimationsbedürfnis der Bundesregierung und setzte ihre Abgrenzungspolitik unbeeindruckt fort. Auf dem SED-Parteitag im Mai 1976 verabschiedete die Partei ein neues Programm, in dem sie von der Entwicklung der „sozialistischen deutschen Nation“ ausging. Diese sei „ein untrennbarer Bestandteil der Gemeinschaft sozialistischer Nationen“.⁵ Unter der Überschrift „Kampf um friedliche Koexistenz“ widmete das SED-Parteiprogramm auch dem Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik einen kurzen Abschnitt, in dem es hieß: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands tritt dafür ein, dass die Beziehungen zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland als Beziehungen zwischen souveränen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Normen des Völkerrechts entwickelt werden.“⁶

Zwischenzeitlich hatte sich der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes mit den deutsch-deutschen Beziehungen beschäftigt. In einem Urteil vom 31. Juli 1973 wies er eine Klage des Freistaates Bayern gegen den

3 Ingo von Münch (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland. Bd. II: seit 1968. Stuttgart 1974, S. 301.

4 Ebenda, S. 316. In der DDR wurde der „Brief zur deutschen Einheit“ bis Anfang 1990 nicht veröffentlicht.

5 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED. Bd. 2. Berlin 1976, S. 251.

6 Ebenda, S. 254 f.

Grundlagenvertrag zurück und stellte deren Konformität mit dem Grundgesetz fest.

Diese gegensätzliche rechtliche bzw. programmatische Sicht auf das Verhältnis beider deutscher Staaten blieb bis zum Honecker-Besuch und darüber hinaus bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im Herbst 1989 die konstitutive Grundlage der Deutschlandpolitik beiderseits von Elbe und Werra. Im Spannungsfeld jener konträren Positionen, vor dem Hintergrund der sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wandelnden Großmachtinteressen an der Spitze von NATO und Warschauer Pakt hatten sich die Akteure auf dem schwierigen Feld der deutsch-deutschen Beziehungen seit den siebziger Jahren zu bewegen. Sie taten dies auf beiden Seiten mit einem sehr unterschiedlichen Grad von Souveränität. Die Abhängigkeit der DDR von ihrer politischen und militärischen Führungsmacht Sowjetunion war in der gesamten Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit, besonders aber seit 1955, größer als die der Bundesrepublik von ihren Verbündeten in der NATO. Zweifellos hat auch die sich entwickelnde ökonomische Stärke hin zur stärksten Wirtschaftsmacht der Europäischen Union den politischen Bewegungsspielraum der Bundesrepublik wesentlich erhöht. Diese Faktoren hatten erheblichen Einfluß auf die Gestaltungsmöglichkeiten der DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik. Die sowjetischen Interessen mussten immer beachtet werden. Jede wichtige Frage wurde mit der Moskauer Führung konsultiert und de facto von der Sowjetunion entschieden. So entwickelten sich die deutsch-deutschen Beziehungen praktisch in einem politischen Dreiecksverhältnis mit den Koordinaten Bonn-Berlin-Moskau.

2. Erfurt und Kassel – Der Beginn des deutsch-deutschen Dialogs und die Rolle der Sowjetunion 1969/70

Nach zwanzig Jahren Sprachlosigkeit zwischen offiziellen Vertretern der Regierungen beider deutscher Staaten bot sich nach dem Regierungswechsel in Bonn im Herbst 1969 die Chance, zu einem deutsch-deutschen politischen Dialog zu gelangen. Daran mussten jedoch zunächst die jeweiligen Hauptverbündeten beteiligt und eingebunden werden. Ohne die Zustimmung der Sowjetunion und der USA wäre bei der Anbahnung von politischen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD kaum etwas gelaufen. Die Großmächte mussten für den beginnenden deutsch-deutschen Dialog nicht nur ihren Segen geben, sie sollten auch den Eindruck gewinnen, auf solche Aktivitäten direkten Einfluss ausüben und überdies davon zu profitieren.

1969/70 war im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten eine neue Situation entstanden: Vor dem Hintergrund des internationalen Trends zu einer politischen Entspannung in Europa unternahm die erstmals von einem sozialdemokratischen Kanzler, Willy Brandt, geführte neue Bundesregierung den Versuch mittels ihrer „Neuen Ostpolitik“ unter Einbeziehung der DDR ihr Verhältnis zu den dem Warschauer Vertrag angehörenden Staaten Ost- und Südosteuropas neu zu ordnen. Ende 1969 nahmen Vertreter der sowjetischen Regierung und der Bundesregierung Verhandlungen über ein Gewaltverzichtsabkommen auf, das zugleich die Anerkennung der in Europa nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten vorsah.

Am Beginn der ostpolitischen Aktivitäten der neuen Bundesregierung stand die von Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vorgetragene Regierungserklärung. Egon Bahr schrieb dazu in seinem 1996 erschienenen Erinnerungsband „Zu meiner Zeit“: „Bei der Schlussredaktion der Regierungserklärung äußerte ich Bedenken, der DDR ausdrücklich die Staatseigenschaft zuzuerkennen; das sollte ein Ergebnis der angestrebten Verhandlungen sein, aber kein Gratisgeschenk vorher. Brandt meinte, es sei gut, am Anfang über die Hürde zu gehen. Scheel entschied, wir sollten es so machen, wie der Bundeskanzler es will.“⁷ Brandt stellte in seiner Regierungserklärung neben außenpolitischen Erwägungen ein Programm für innere Reformen vor und wollte „mehr Demokratie wagen“. Seine Deutschlandpolitik ging konsequent von der Existenz zweier deutscher Staaten aus, die jedoch „füreinander nicht Ausland“ seien. Dazu führte der Bundeskanzler aus: „Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, dass das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird.“⁸

Brandt zeigte sich wenige Monate später zu Gesprächen mit der DDR-Regierung prinzipiell bereit. Die Vorgespräche zum deutsch-deutschen Gipfel begannen Anfang März 1970, während parallel dazu UdSSR-Außenminister Gromyko mit Staatssekretär Bahr über die Möglichkeit, zu einem Gewaltverzichtsabkommen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu gelangen, sondierte. Über seinen Dialog mit der Moskauer Führung nahm Bahr nicht unerheblichen Einfluss auf die in Erfurt und später in Kassel zu erwartende Verhandlungsposition der DDR. Die deutsch-deutschen Gipfelgesprä-

7 Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*. München 1996, S. 277.

8 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1969, Nr. 132, S. 1122.

che, deren Parallelität sich aus sowjetischer Sicht nicht unbedingt günstig auf den Moskauer Dialog mit der Bundesrepublik auswirkte, mussten dennoch die sowjetischen Erwartungen berücksichtigen.

Parallel zu den sowjetisch-westdeutschen Verhandlungen, die am 12. August 1970 mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages endeten, trafen die beiden deutschen Regierungschefs, Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerratsvorsitzender Willi Stoph, im Frühjahr des gleichen Jahres in Erfurt und Kassel zu Gipfelgesprächen zusammen.⁹ Der politische Fahrplan für den DDR-Regierungschef in diesen Gesprächen ist in besonders nachdrücklicher Art und Weise in Moskau bestimmt worden und wurde zugleich überlagert von unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der DDR-Führung – insbesondere zwischen Walter Ulbricht und Erich Honecker – in der Frage des Gestaltungsspielraums und der Möglichkeiten im deutsch-deutschen Dialog. Ministerpräsident Stoph nahm in dieser Problematik eine eher abwartende Haltung ein. In der Umsetzung der vom SED-Politbüro beschlossenen Verhandlungsdirektive für seine Gespräche mit Bundeskanzler Brandt wich Stoph jedoch keinen Zentimeter von der Vorgabe ab. Spielraum hatte es für ihn ohnehin nicht gegeben.¹⁰ Die DDR entwickelte ihre Konzeption für die Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik aufgrund der starken Einbindung in die sowjetische Außen- und Deutschlandpolitik in einem Dreiecksverhältnis.

Als Erich Honecker Anfang Mai 1971 zum 1. Sekretär des SED-Zentralkomitees aufstieg, waren die ersten Schritte auf dem Wege zur Herstellung politischer Kontakte zwischen der DDR und der BRD bereits zurückgelegt. Die Verträge von Moskau und Warschau waren unterzeichnet, Erfurt und Kassel lag bereits ein Jahr zurück und seit Ende November 1970 liefen deutsch-deutsche Gespräche mit dem Ziel, Transitregelungen zwischen der BRD und Westberlin über das Territorium der DDR zu vereinbaren. Auch die Botschafter der vier Mächte verhandelten über einen Berlin-Vertrag und konnten das Vierseitige Abkommen am 3. September 1971 unterzeichnen.

9 Vgl. Detlef Nakath: Die Gespräche von Erfurt und Kassel 1970 und ihre internationale Dimension. In: Steffen Raßloff (Hrsg.): „Willy Brandt ans Fenster!“ Das Erfurter Gipfeltreffen 1970 und die Geschichte des „Erfurter Hofes“. Schriften des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, Band 6, Jena 2007. Jan Schönfelder / Rainer Erices: Willy Brandt in Erfurt. Berlin 2010.

10 Vgl. Detlef Nakath: Gewaltverzicht und Gleichberechtigung. Zur Parallelität der deutsch-sowjetischen Gespräche und der deutsch-deutschen Gipfeltreffen in Erfurt und Kassel im Frühjahr 1970, in: Deutschland Archiv, 2/1998, S. 196 ff.

Honecker nutzte die durch den allgemeinen Entspannungstrend in der europäischen Politik begünstigte gute Ausgangsposition für seine auf dem 8. SED-Parteitag verkündete außenpolitische Offensive. Dabei knüpfte er ausdrücklich an die Beschlüsse des 24. KPdSU-Parteitages an und setzte sich für die seit der Bukarester Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten von 1966 geforderte Einberufung einer „Europäischen Sicherheitskonferenz“ ein. Darüber hinaus forderte der SED-Chef die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, die Regelung der Westberlin-Frage, die weltweite diplomatische Anerkennung der DDR sowie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO. Bis zum Sommer 1975 waren alle diese fünf Punkte des außenpolitischen Programms Honeckers realisiert. Der Entwurf für sein außenpolitisches Programm, das als „Friedenskonzept“ aus dem KPdSU-Friedensprogramm abgeleitet worden ist, stammte aus der Feder des damaligen Stellvertreters des Staatssekretärs für westdeutsche Fragen und späteren ZK-Abteilungsleiter Herbert Häber. Honecker formulierte in seiner Parteitagrede im Juni 1971 mit Blick auf die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen aus dem Jahre 1970: „Große Bedeutung für die europäische Sicherheit kommt den Verträgen zu, die zwischen der UdSSR und der BRD sowie zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD abgeschlossen wurden. Zum Nutzen aller europäischen Völker wurde damit ein bedeutungsvoller Schritt in Richtung auf die Entspannung und die Gesundung der Atmosphäre in Europa getan.“ Der SED-Chef hob vor allem die Bestätigung der Grenzen in Europa, „einschließlich der Grenze an Oder und Neiße sowie der Grenze zwischen der DDR und der BRD“ hervor und schlussfolgerte: „Das besondere Interesse der Deutschen Demokratischen Republik an diesen Verträgen steht außer Frage, weil die territoriale Integrität der Deutschen Demokratischen Republik auf diese Weise erneut bekräftigt wurde.“¹¹ Von der Existenz der Verträge mit Polen und der Sowjetunion leitete Honecker die Forderung ab, nunmehr auch das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten zu normalisieren.

Im Sommer 1971 standen vor den beiden deutschen Regierungen wichtige und intensive Vertragsverhandlungen. Nach einer inoffiziellen Konsultation des DDR-Unterhändlers Herbert Bertsch mit Willy Brandt und Egon Bahr am 29. Oktober 1970 in Bonn¹² hatten bilaterale Gespräche zwischen

11 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 52.

12 Vgl. den DDR-Vermerk über dieses Gespräch in Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Bonn 1997, S. 189 ff.

den Staatssekretären Egon Bahr und Michael Kohl am 27. November 1970 im Hause des DDR-Ministerrates in Berlin begonnen.¹³ Zunächst wurden Fragen des Transits zwischen der Bundesrepublik und Westberlin über das DDR-Territorium besprochen. Danach stand die Aushandlung des Verkehrsvertrages zwischen beiden deutschen Staaten auf dem Programm der Delegationen. Der Verkehrsvertrag wurde am 26. Mai 1972 als erster völkerrechtlicher Vertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik unterzeichnet. Danach begann im Juni 1972 ein Meinungs austausch, der ab Mitte August 1972 in Verhandlungen beider Seiten über einen deutsch-deutschen Grundlagenvertrag übergeleitet wurde.

3. Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 und der „Brief zur deutschen Einheit“

Als am Vormittag des 21. Dezember 1972 im Großen Festsaal des Gebäudes des DDR-Ministerrates in der Berliner Klosterstraße der kurz zuvor zum Bundesminister für besondere Aufgaben avancierte Egon Bahr und DDR-Staatssekretär Michael Kohl ihre Unterschrift unter den „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“¹⁴ setzten, schritt ein Mitarbeiter Egon Bahrs ins Gebäude des DDR-Ministerrates und übergab dort formlos einen Brief seines Chefs. Dabei handelte es sich um den bereits an anderer Stelle zitierten „Brief zur deutschen Einheit“. Das darin erwähnte politische Ziel, die deutsche Einheit in einer europäischen Friedensordnung anzustreben, leitete die Bundesregierung aus der Präambel des Grundgesetzes ab, in der es heißt: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“¹⁵

Der „Brief zur deutschen Einheit“ ist zwar von der DDR kommentarlos entgegengenommen worden, er war jedoch explizit kein Bestandteil des Vertrages zwischen beiden deutschen Staaten. Dennoch war die Entgegennahme

13 Vgl. Karl Seidel: Erste Schritte auf dem Weg zu normalen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Persönliche Erinnerungen an die deutsch-deutschen Verhandlungen Anfang der siebziger Jahre, in: Detlef Nakath (Hrsg.): Deutschlandpolitiker der DDR erinnern sich. Berlin 1995, S. 111.

14 Der Text des Grundlagenvertrages mit seinen Anlagen ist vielfach veröffentlicht worden. Die Zitate in diesem Beitrag sind entnommen aus: Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland und zu Berlin (West). Dokumente 1971-1988, Berlin 1990, S. 45.

15 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, S. 21.

dieses Schreiben, das den Grundpositionen der DDR konträr gegenüberstand, einer der vielen Kompromisse, die die DDR eingehen musste, um das Gesamtvertragswerk nicht zu gefährden. Ansonsten hätte man sich auch den sowjetischen Interessen widersetzt, deren erstrangiges politisches Ziel in der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz bestand.

Der „Brief zur deutschen Einheit“ war in der am 21. Dezember 1972 übergebenen Form kein Unikat. Er war bereits Bestandteil der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Jahre 1970 und ist bei Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsabkommens am 12. August 1970 in ähnlicher Form dem sowjetischen Außenamt übergeben worden. Dieses Verfahren hatte sich aus der Sicht der Bundesregierung offenbar bewährt, um die eigene verfassungsrechtliche Position „gerichtsfest“ zu machen. Gerichtsfest hieß in diesem Falle: Der Grundlagenvertrag musste nach seiner Ratifizierung im Bundestag auch die vom Freistaat Bayern errichtete Hürde einer Verfassungsklage überwinden. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgericht urteilte am 31. Juli 1973, dass der Grundlagenvertrag verfassungskonform sei und stellte außerdem fest: „Der Vertrag kann so interpretiert werden, dass er mit keiner der dargelegten Aussagen des Grundgesetzes in Widerspruch gerät. Keine amtliche Äußerung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann dahin verstanden werden, dass sie bei der Interpretation des Vertrages diesen verfassungsrechtlichen Boden verlassen hat oder verlässt.“¹⁶ Überdies hob das höchste deutsche Gericht hervor: „Der Vertrag kann rechtlich nur gewürdigt werden, wenn man ihn in einen größeren Zusammenhang stellt. [...] In diesem Zusammenhang gewinnt der Grundlagenvertrag dieselbe fundamentale Bedeutung wie der Moskauer und der Warschauer Vertrag. Er ist kein beliebig korrigierbarer Schritt wie viele Schritte in der Politik, sondern er bildet, wie schon sein Name sagt, die Grundlage für eine auf Dauer angelegte neue Politik. Dementsprechend enthält er weder eine zeitliche Befristung noch eine Kündigungsklausel. Er stellt eine historische Weiche, von der aus das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik neu gestaltet werden soll.“¹⁷

16 Urteil des Bundesverfassungsgerichts betreffend die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Juli 1973. In: Ingo von Münch (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschlands, Band II, Stuttgart 1974, S. 371.

17 Ebenda.

Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht stimmten folglich darin überein, dass der Grundlagenvertrag von historischer Bedeutung sei und für beide deutsche Staaten die Chance böte, ihre Beziehungen auf wesentlich höherem Niveau neu zu gestalten. Dies entsprach auch den Absichten der DDR-Führung und passte in die durch Entspannungspolitik gekennzeichnete Lage in Europa in der ersten Hälfte der siebziger Jahre.

Das deutsch-deutsch Vertragswerk bestand aus dem Vertragstext, dem Zusatzprotokoll, dem Protokoll zu Vermögensfragen, den Erklärungen zu Protokoll zu Staatsangehörigkeitsfragen, dem Briefwechsel zur Familiensammenführung, zu Reiseerleichterungen und Verbesserungen des nicht-kommerziellen Warenverkehrs, dem Briefwechsel zum Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, mit Erklärungen zu Protokoll, dem Briefwechsel über Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte, der Erklärung beider Seiten bei Unterzeichnung über die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen auf Berlin (West), der Erklärung zu politischen Konsultationen, dem Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten, der Erklärung zu Protokoll über die Aufgaben der Grenzkommission durch die beiden Delegationsleiter und der Erklärung zu Protokoll über den Verwaltungsverkehr durch den Delegationsleiter der DDR. Hinzu kam der Briefwechsel zur Öffnung weiterer Grenzübergangsstellen und der Briefwechsel zum Post- und Fernmeldewesen.

In der Präambel des Vertrages gingen beide Seiten von der Fortexistenz zahlreicher unterschiedlicher Auffassungen aus und erwähnten an dieser herausgehobenen Stelle bereits den Dissens in der nationalen Frage. Zum Problem der Staatsbürgerschaft in beiden deutschen Staaten wurde in den dazu abgegebenen Protokollerklärungen deutlich auf die unterschiedlichen Ansichten hingewiesen.

Unterschiedliche Positionen wurden auch zu Vermögensfragen, zu den Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten und zur Einbeziehung von West-Berlin sichtbar. Immerhin erzielten beide Seiten jedoch in der schwierigen Frage der Ausdehnung des Abkommens auf West-Berlin in der Form einer „Erklärung bei Unterzeichnung“ einen praktikablen Kompromiss. Die gemeinsame Erklärung lautete: „Es besteht Einvernehmen, dass die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen, die im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 vorgesehen sind, in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) im jeweiligen Fall vereinbart werden kann.“

Der Bezug auf das Zusatzprotokoll zu Artikel 7 betrafte die Sachgebiete Handel, Wissenschaft und Technik, Verkehr, Rechtsverkehr, Post- und Fern-

meldewesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport, Umweltschutz, Austausch von Büchern, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehproduktionen sowie den nichtkommerziellen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr. Alle diese Bereiche konnten im Falle einer vertraglichen Regelung auch auf West-Berlin angewendet werden.

Mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD unterstrichen beide deutsche Staaten massives Interesse an ihrer Teilnahme am mit Beginn der siebziger Jahre einsetzenden Entspannungsprozess in Europa. Ohne Bundesrepublik und DDR wäre diese Entspannungspolitik undenkbar gewesen.

Dennoch hatte die neue SED-Führung auch ein eigenes Interesse an der Regelung des Verhältnisses zur BRD. Für sie hing die weltweite diplomatische Anerkennung der DDR und ihre Mitgliedschaft in der UNO von der vertraglichen Regelung des deutsch-deutschen Verhältnisses ab. Der Abschluss des Grundlagenvertrages wirkte sich wie ein Katalysator auf den bereits zuvor begonnenen Prozess der diplomatischen Anerkennung aus. Bis 1975 nahmen weit mehr als hundert Staaten zur DDR offizielle Beziehungen auf. Das internationale Ansehen des zweiten deutschen Staates in der Welt befand sich auf einem zeitweiligen Höhepunkt, als SED-Chef Erich Honecker – zu diesem Zeitpunkt ohne jede staatliche Spitzenfunktion – Anfang August 1975 in Helsinki seine Unterschrift unter die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa setzte.

Beiden deutschen Regierungen kam in dieser Zeit das Verdienst zu, die sich bietende Chance zur Normalisierung ihrer Beziehungen genutzt und somit den Erwartungen ihrer jeweiligen Verbündeten entsprochen zu haben. Der Weg zur Mitgliedschaft von DDR und BRD in der UNO sowie zur gleichberechtigten Teilnahme an einer europäischen Sicherheitskonferenz war als wichtigstes Ziel erreicht.

4. Die Phase der „kleinen Schritte“ in der Deutschlandpolitik 1975 bis 1982

Nach der Phase der Vertragspolitik schloss sich zwischen 1975 und 1982 eine zweite Phase der deutsch-deutschen Beziehungen an, die durch verschiedene Verhandlungsebenen zur Ausgestaltung des Grundlagenvertrages durch „kleine Schritte“ und auch durch Rückschläge gekennzeichnet ist. Nachdem im Mai 1974 die Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin ihre Tätigkeit aufnehmen¹⁸ und in die offiziellen Verhandlungen eingebunden waren,

kam aufgrund des sich schnell wandelnden politischen Klimas informellen Kontakten zwischen Beauftragten der politischen Spitzen beider Seiten größere Bedeutung zu. Für die DDR sondierte seit Mitte der siebziger Jahre in politischen und wirtschaftlichen Fragen KOKO-Chef und Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski im Auftrage Honeckers, Mittags und Mielkes. Zu seinen Gesprächspartnern gehörten Bonns Ständiger Vertreter Günter Gaus ebenso wie die Unionspolitiker Strauß, Schäuble und Späth. DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel verhandelte als Beauftragter Honeckers für humanitäre Fragen unter anderem mit Herbert Wehner und Helmut Schmidt, aber auch mit Beamten des ansonsten von der DDR nicht akzeptierten Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen.¹⁹ Zu seinen Gesprächsthemen gehörte auch der Freikauf von zumeist aus politischen Gründen inhaftierten DDR-Bürgern durch die Bundesregierung.

Zu den informellen Aktivitäten der SED in der „zweiten Phase der Deutschlandpolitik“ gehörten auch die Gespräche und Informationsreisen von ZK-Abteilungsleiter (später 1984/85 kurzzeitig Politbüromitglied) Herbert Häber. Häber stellte vor allem Parteikontakte zu SPD- und vor allem CDU-Politikern her, wobei er besonders häufige und intensive Gespräche mit dem CDU-Präsidiumsmitglied und Schatzmeister seiner Partei, Walther Leisler Kiep, pflegte.

Trotz parteipolitisch harter Auseinandersetzungen vor allem in den Wahlkämpfen für die Bundestagswahlen 1976 und 1980 auch zu deutschlandpolitischen Themen signalisierten Vertreter der CDU gegenüber SED-Gesprächspartnern, dass sie im Falle einer Regierungsübernahme durch die Union im Wesentlichen die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Regierung fortsetzen würde. In den Beziehungen zur DDR und zu den Staaten Osteuropas gelte das „*pacta sunt servanda*“.

Der erste Unionspolitiker, der dies der Führung in der DDR sowie wenig später auch der sowjetischen Parteispitze persönlich mitteilte, war Walther Leisler Kiep. Von Kiep erfuhr ZK-Abteilungsleiter Häber bei einer Unterredung am 15. Januar 1975, dass aus der Sicht der CDU-Führung „die Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion und zur DDR absolute Priorität vor

18 Vgl. Jacqueline Boysen: Das „weiße Haus“ in Ost-Berlin. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR, Berlin 2010; Hans Otto Bräutigam: Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ost-Berlin, Hamburg 2009.

19 Vgl. die Vermerke über Gespräche Vogels mit Helmut Schmidt und Herbert Wehner in Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 368 ff.

den Beziehungen zu Peking“ hätten.²⁰ Es sei selbstverständlich, „dass für die CDU die abgeschlossenen Verträge volle Gültigkeit besäßen und auch eine CDU/CSU-Bundesregierung sie als Grundlage für die Weiterentwicklung der Beziehungen betrachten würde“.²¹ Leisler Kiep war im Auftrage des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl und des Generalsekretärs seiner Partei Kurt Biedenkopf zu Gesprächen in die DDR-Hauptstadt gereist. Wenig später flog Kiep nach Moskau und konferierte dort in gleichem Sinne mit dem Leiter der ZK-Abteilung für internationale Verbindungen, Wadim Sagladin.

In der Phase der kleinen Schritte kam es auch zu den ersten drei Gipfelbegegnungen zwischen SED-Chef Erich Honecker und Bundeskanzler Helmut Schmidt 1975 in Helsinki und 1980 in Belgrad sowie im Dezember 1981 auf Schloss Hubertusstock am Werbellinsee. Wichtige politische Ergebnisse wurden bei diesen Spitzenkontakten kaum erzielt. Der Schmidt-Besuch in der DDR wurde überdies durch das Ausrufen des Kriegsrechts in Polen überschattet. Dennoch waren sich beide Politiker darüber einig, dass die deutschen Staaten angesichts der Raketenbedrohung in Europa große Verantwortung bei der Friedenssicherung hätten. „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgehen“ lautete die gemeinsame deutsche Minimalformel vom Werbellinsee.

Die wichtigsten Dokumente und Gesprächsvermerke über das Treffen zwischen Honecker und Schmidt am Werbellinsee sind in Dokumentenpublikationen veröffentlicht worden.²² Über den Verlauf der Spitzengespräche sowie den Vieraugendialog ist die Forschung somit gut informiert. Greifbare Ergebnisse blieben jedoch rar. Angesichts der internationalen Situation (Lage in Polen, sowjetischer Einmarsch in Afghanistan, Olympia-Boykott) war es schon ein positives Ergebnis, dass der Schmidt-Besuch nicht erneut verschoben worden ist.

Insgesamt ist die „zweite Phase der Deutschlandpolitik“, die in die Regierungszeit Helmut Schmidts fällt, noch vergleichsweise wenig erforscht. Sie verlief, abgesehen von den Gipfelbegegnungen, auch relativ unspektakulär. Dennoch konnten vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht zuletzt durch das Wirken beider Ständigen Vertretungen aber auch dank der vielen informellen Gespräche Fortschritte im Alltag des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten erzielt werden.

20 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/J IV 2/10.02/19.

21 Ebenda.

22 Vgl. Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin, S. 652 ff.

5. Zur Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen nach der „Bonner Wende“ 1982

Knapp ein Jahr nach dem deutsch-deutschen Gipfeltreffen in Schloss Hubertusstock war die sozialliberale Bundesregierung nach 13 Jahren SPD/FDP-Koalition am Ende. Der von den FDP-Ministern Genscher und Lambsdorff betriebene Wechsel zu einer Koalition mit der CDU/CSU hatte jedoch keine negativen Auswirkungen auf die Deutschlandpolitik. Kontinuität und Kontaktausweitung prägten die neue Phase der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten im Zeitraum von 1982 bis 1989.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Bundeskanzler signalisierte Helmut Kohl gegenüber der DDR Kontinuität bei der Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen. In einem Brief an Erich Honecker vom 29. November 1982 sowie bei einem Telefonat mit dem SED-Generalsekretär am 24. Januar 1983 sprach sich der Bundeskanzler eindeutig für die Fortsetzung der bisherigen Politik in den deutsch-deutschen Beziehungen aus²³ und praktizierte dies auch. Diese Erkenntnis wird auch von der Untersuchung Karl-Rudolf Kortés über die „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft“ bestätigt. Darin heißt es in Analyse des Regierungsprogramms der von der Union geführten Bundesregierung: „Damit lag ein erstes Regierungsprogramm zur Deutschlandpolitik der ‚Koalition der Mitte‘ vor, in dem der Kompromisscharakter zwischen den Koalitionsparteien herauslesbar war. Inhaltlich setzte sich die Regierungserklärung darüber hinaus aus Elementen der Kontinuität zur Vorgängerregierung (im praktischen Teil der Deutschlandpolitik) und Elementen des Wandels (im deklaratorisch-symbolischen Bereich) zusammen. Diese Aspekte kamen für den Beobachter eher überraschend. Mangelnde Friedfertigkeit, Unzuverlässigkeit hinsichtlich der Ostpolitik, Unfähigkeit im Umgang mit der DDR, fehlender Sinn auch für das geschichtlich Notwendige wurde der CDU/CSU vorgeworfen. Die SPD prognostizierte für die Ostpolitik nach dem Machtwechsel eine neue Eiszeit. Doch der Bundeskanzler hatte im Blick auf die normative Ebene der Deutschlandpolitik mit dem Text der ersten Regierungserklärung diese Vermutungen widerlegt.“²⁴

Zu den neuen Elementen der Deutschlandpolitik von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß gehörten die beiden Milliardenkredite vom Juni 1983 und

23 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Berlin 1995, S. 110 f und 114 ff.

24 Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Stuttgart 1998, S. 95 f.

Juli 1984, die Intensivierung der wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik sowie eine bedeutende Ausweitung der Gesprächsdiplomatie auf höchster Ebene. Allein in den achtziger Jahren führte Honecker mehr als 80 Gespräche mit unterschiedlichen Politikern der im Bundestag vertretenen Parteien.²⁵

Die DDR hatte zwar nach der Absage des zunächst für Herbst 1980 geplanten Besuchs des Bundeskanzlers mit den von Honecker am 13. Oktober 1980 verkündeten „Geraer Forderungen“ die deutsch-deutschen Beziehungen belastet, jedoch später angesichts partiell wachsenden außenpolitischen Spielraums ihre Bedingungen relativiert. In der Raketenkrise 1983/84 führte Honecker den von Herbert Häber geprägten Begriff der „Koalition der Vernunft“ in das deutsch-deutsche Verhältnis ein. Vor dem Hintergrund der zeitweiligen Handlungsunfähigkeit der sowjetischen Führung aufgrund des Todes von drei KPdSU-Generalsekretären binnen dreier Jahre, unternahm die SED-Führung den vorsichtigen Versuch, sich in ihrer Außen- und Deutschlandpolitik vom strikten Einfluss der Führungsmacht zu emanzipieren. In Moskau reagierte man darauf höchst traditionell: KPdSU-Generalsekretär Tschernenko drohte Honecker am 17. August 1984 ernste Konsequenzen für den Fall der weiteren Intensivierung der Beziehungen zur Bundesrepublik an.²⁶ An Honecker persönlich gewandt sagte der KPdSU-Chef: „Sie haben in dem Gespräch im Juni keine Zweifel geäußert und sagten, dass die DDR in allen internationalen Fragen mit der Sowjetunion voll übereinstimmt. Die Lage nach unserem Gespräch ist milde ausgedrückt nicht besser geworden. Ungeachtet dessen kam es zu Erklärungen über neue Maßnahmen zur Erleichterung von Kontakten, zum Ausbau der Möglichkeiten für Besuche von Bürgern und Kindern aus der BRD. Diese Maßnahmen sind vom Standpunkt der inneren Sicherheit der DDR zweifelhaft und stellen einseitige Zugeständnisse an Bonn dar. Sie erhalten dadurch finanzielle Vorteile, aber in Wirklichkeit sind das scheinbare Vorteile. Hier geht es um zusätzliche finanzielle Abhängigkeiten der DDR von der BRD.“ Zum geplanten Honecker-Besuch in Bonn gibt die Gesprächsniederschrift Tschernenko mit den Worten wieder: „Was den Besuch in der BRD betrifft, so ist das natürlich eine Sache, die von

25 Vgl. Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.

26 Vgl. die Auszüge aus der Niederschrift des Geheimtreffens zwischen Erich Honecker und Konstantin Tschernenko am 17. August 1984 in Moskau. In: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 767 ff.

der SED zu entscheiden ist. Wir glauben, dass Sie noch einmal kollektiv und allseitig, unter Berücksichtigung der von uns geäußerten Überlegungen, diese Frage prüfen. Wir möchten Ihnen jedoch sagen, dass die sowjetischen Kommunisten es positiv aufnehmen würden, wenn Sie in der entstandenen Lage von dem Besuch Abstand nehmen.“²⁷ Dies war faktisch ein Befehl Tschernenkos an Honecker, seine bereits geplante Reise in die Bundesrepublik abzusagen.

Der KPdSU-Generalsekretär hatte Honeckers Position für den Fall des Abweichens von der sowjetischen Linie auch persönlich in Frage gestellt. Folglich wurde in der DDR nach einem Schuldigen für die entstandene Situation gesucht. Dieser fand sich in der Person des erst seit Mai 1984 dem Politbüro angehörenden Leiter der Westabteilung des ZK, Herbert Häber. Häber hatte den Honecker-Besuch in Bonn konzeptionell vorbereitet und dem SED-Chef die in Moskau vorgetragene Ausarbeitung mit dem Titel „Nunmehr zu den Beziehungen der DDR zur BRD“ als Ergänzung zu Honeckers Gesprächskonzeption vorbereitet.²⁸ Um seine eigene Stellung zu sichern, stellte Honecker nun Herbert Häber zur Disposition. Er wurde auf der 11. ZK-Tagung am 22. November 1985 „aus gesundheitlichen Gründen“ aus dem Politbüro entfernt und musste auch seine Stellung als ZK-Abteilungsleiter aufgeben.

Auch Gorbatschow trat 1986 der Absicht des SED-Chefs zur Reise nach Bonn ablehnend gegenüber. Dennoch weiteten sich die deutsch-deutschen Beziehungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in dieser Phase deutlich aus. Auf diesem Gebiet nutzte die SED den nun langsam größer werdenden Spielraum.

Höhepunkt der Deutschlandpolitik Honeckers war zweifellos sein offizieller Besuch in Bonn und verschiedenen Bundesländern vom 7. bis 11. September 1987. Verlauf und Ergebnisse des Staatsbesuchs sind vergleichsweise gut erforscht.²⁹ Wichtige Ergänzungen aus der Sicht der Politik des Bundeskanzlers präsentierte Karl-Rudolf Korte im Abschnitt „Kohls Gespür für die Macht: Politische Planungen beim Honecker-Besuch in Bonn“.³⁰

27 Ebenda, S. 770 f.

28 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 194 ff.

29 Honecker ließ nach seinem Tode in seinen „Moabiter Notizen“ die Gesprächsvermerke veröffentlichen. Weitere Dokumente sind veröffentlicht in Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 324 ff; Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“, S. 564 ff.

30 Vgl. Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 324 ff.

Am Rande dieses Staatsbesuches wurden drei Staatsverträge (Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Strahlenschutz und Reaktorsicherheit) unterzeichnet. Bereits ein Jahr zuvor hatten beide Staaten am 6. Mai 1986 ein Kulturabkommen abgeschlossen. Diese Verträge waren bereits im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 des Grundlagenvertrages vorgesehen, konnten jedoch erst nach 14 Jahren ausgehandelt werden. Das Kulturabkommen schuf auch die Möglichkeit zu Städtepartnerschaften. Saarlouis und Eisenhüttenstadt schlossen am 6. Oktober 1986 die erste Vereinbarung über eine deutsch-deutsche Städtepartnerschaft ab, der weitere Vereinbarungen dieser Art folgten.

Nach dieser Reise sah sich Honecker auf dem Höhepunkt seines politischen Einflusses. Er spürte offenbar nicht, dass seine durchaus Erfolge verzeichnende Außenpolitik im krassen Widerspruch zu den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Problemen innerhalb der DDR stand.

6. Zur Deutschlandpolitik der DDR nach dem Honecker-Besuch in Bonn 1987

Nachdem Erich Honecker von seinem Besuch in der Bundesrepublik im September 1987 zurückkehrte, normalisierte sich das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten zunächst weiter. Als Ergebnis der Reise standen neben den am 8. September 1987 in Bonn unterzeichneten drei Staatsverträgen und dem Gemeinsamen Kommuniqué vor allem das gewachsene internationale Ansehen der DDR.

Im zeitlichen Umfeld des Honecker-Besuchs hatten zwei weitere Vorgänge das Interesse der Öffentlichkeit erregt. Nach längeren Verhandlungen veröffentlichten am 27. August 1987 in Bonn und Ost-Berlin SPD und SED ihr gemeinsames Strategiepapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“.³¹ Das DDR-Fernsehen strahlte am 1. September 1987 erstmals eine Live-Diskussion mit den SPD-Politikern Erhard Eppler und Thomas Meyer sowie ihren SED-Partnern Otto Reinhold und Rolf Reißig aus. Außerdem verkündete die DDR bereits im Vorfeld des Honecker-Besuches eine Amnestie aus Anlass des 38. Jahrestages der DDR, die am 7. Oktober 1987 in Kraft trat. Damit war man Forderungen bundesdeutscher Politiker nachge-

31 Vgl. Rolf Reißig: *Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED*, Frankfurt am Main 2002; Erich Hahn: *SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989*, Berlin 2002. Der Text des gemeinsamen Strategiedokuments ist in der DDR vollständig veröffentlicht worden.

kommen, die in Unterredungen mit Honecker immer wieder die Freilassung von politischen Gefangenen aus DDR-Gefängnissen forderten.

Die Bundesregierung verfügte ihrerseits am 26. August 1987 die Erhöhung des Begrüßungsgeldes für Besucher aus der DDR von bisher 30 DM auf 100 DM pro Jahr, was die DDR-Führung kommentarlos zur Kenntnis nahm.

Auch die DDR-Bevölkerung hatte sich von den Ergebnissen des Honecker-Besuchs vor allem Verbesserungen im Reiseverkehr versprochen. Aus einem Bericht der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) der Staatssicherheit über Bevölkerungsreaktionen auf den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik vom 16. September 1987 ging hervor, dass die Reiseproblematik den „absoluten Schwerpunkt“ in den Erwartungen der DDR-Bürger bildete. „Übersiedlungersuchende“ rechneten nach Erkenntnissen des MfS sogar mit einer bevorstehenden „Ausreisewelle“.³²

Das SED-Politbüro legte am 15. September 1987 Maßnahmen in Auswertung der Honecker-Reise in die Bundesrepublik fest. In diesem Papier ging man zunächst von einem Zehn-Punkte-Katalog „im Hinblick auf Friedenssicherung, Abrüstung und Entspannung“ aus. Der für das Verhältnis zur Bundesrepublik konkrete Teil des Beschlusses enthielt noch drei der früheren vier Gera Forderungen Honeckers vom 13. Oktober 1980.³³ Im diesem Beschluss ist von „Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR“ ebenso die Rede wie von der Forderung nach unverzüglicher Aufnahme von „intensiven Verhandlungen“ in der Grenzkommission DDR/BRD zur „einernehmlichen Regelung der Elbe-Grenze Mitte Strom“.³⁴ Außerdem forderte das SED-Politbüro die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter.

Hinzu kam der DDR-Vorschlag zur Aufnahme von offiziellen Beziehungen zwischen Volkskammer und Bundestag, der allerdings bereits vor und auch während des Honecker-Besuchs in Bonn thematisiert worden war. Die DDR zeigte sich bereit, über neue Partnerschaften zwischen Städten in beiden deutschen Staaten nachzudenken sowie Verhandlungen über die gegenseitige Rückführung von kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern weiterzuführen.

Der Dialog auf höchster Ebene setzte sich im letzten Quartal 1987 fort. Während Helmut Kohl am 25. November 1987 den auf Einladung von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle in der Bundesrepublik weilenden ZK-Sekre-

32 Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 340 ff.

33 Vgl. die von Honecker in einer Rede zur Eröffnung des SED-Parteilehrjahres 1980/81 in Gera formulierten Grundsätze für die Politik der DDR gegenüber der Bundesrepublik in: Erich Honecker: Reden und Aufsätze. Bd. 7. Berlin 1982, S. 432 f.

34 Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 343.

tär Werner Felfe zu einem Gespräch empfing,³⁵ besuchten die SPD-Politiker Oskar Lafontaine, Klaus von Dohnanyi und Klaus Wedemeier am 23. Oktober 1987 sowie Dieter Spöri am 12. November 1987 Honecker in Ost-Berlin.³⁶

Ende 1987 wurde auf der 5. Tagung des SED-Zentralkomitees durch Werner Felfe der Stand der Beziehungen zur Bundesrepublik nach der Honecker-Reise wie folgt bilanziert: „Die DDR will die gemeinsamen Festlegungen im Kommuniqué Zug um Zug mit Leben erfüllen und die eingegangenen Verpflichtungen ohne Einschränkungen verwirklichen. [...] Mit dem Verlauf und mit den Ergebnissen des Besuches Erich Honeckers in der BRD wurde vor aller Welt der völkerrechtliche Charakter der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bekräftigt.“³⁷ Honecker fügte in seinem Schlusswort hinzu, dass es in den Beziehungen zur BRD um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz ginge.³⁸

Der DDR ging es letztlich um ihr staatliches und völkerrechtliches Renommee, weniger um die konkrete, für die eigene Bevölkerung erlebbare Ausgestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen.

Konzeptionell hatte sich die DDR-Deutschlandpolitik nach dem Honecker-Besuch kaum weiterentwickelt. Sie blieb auch in den zwei Jahren bis Oktober 1989 trotz erheblicher Veränderungen in den internationalen Beziehungen nach dem Amtsantritt Gorbatschows ihren tradierten Strukturen und Denkschemata verhaftet.

Die Gesprächs- und Verhandlungsebenen änderten sich nur geringfügig. Honecker blieb der entscheidende Mann in der Politik gegenüber der Bundesrepublik. Er führte persönlich die wichtigsten offiziellen Gespräche in Berlin, auf Jagdschloss Hubertusstock am Werbellinsee oder während der Leipziger Frühjahrs- und Herbstmessen. Auf inoffizieller Ebene ließ er Staatssekretär Alexander Schalck und Rechtsanwalt Wolfgang Vogel agieren. Der Rektor der ZK-Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Otto Reinhold, pflegte im Auftrage Honeckers seinen informellen Gesprächskontakt mit Außenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher. Auf diplomatischer Ebene wurden die jeweiligen Ständigen Vertretungen in Bonn und Berlin tätig, wenngleich ihr Aufgabenbereich gemessen an den Aktivitäten Schalcks und

35 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 344 f.

36 Vgl. die Vermerke über diese Gespräche in: Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“, S. 662 ff. und 669 ff.

37 5. Tagung des ZK der SED. 16. Dezember 1987. Berlin 1987, S. 19 f.

38 Vgl. ebd., S. 100 f.

Vogels eher untergeordnete Bedeutung hatte.³⁹

Überdies hatte sich der seit September 1951 auf der Grundlage des Berliner Abkommens betriebene innerdeutsche Handel zumeist unspektakulär weiterentwickelt und erreichte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein Volumen von jährlich etwa 15 Milliarden DM. Die Bundesrepublik war hinter der Sowjetunion zum zweitgrößten Handelspartner der DDR geworden. Unter den westlichen Handelspartnern der DDR rangierte die BRD mit großem Abstand auf dem ersten Platz. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gewannen neben dem klassischen Warenaustausch zwischen beiden deutschen Staaten neue Formen der Kooperation von Unternehmen aus der DDR und der Bundesrepublik an Bedeutung. Einer Analyse des in Westberlin ansässigen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge war die Kooperationsquote von Unternehmen der BRD mit DDR-Betrieben im Vergleich zu denen der Bundesrepublik mit anderen Ostblockstaaten am größten.⁴⁰ Dennoch ging bereits zu diesem Zeitpunkt auch im innerdeutschen Handel die Dynamik verloren. Die nominalen Umsätze stagnierten auf zumindest für die DDR relativ hohem Niveau. Preisbereinigt, also unter Abzug der konjunkturell bedingten Preissteigerungen, war jedoch bereits seit 1986 das Austauschvolumen rückläufig. Hinzu kam, dass seit 1985 der kumulierte Passivsaldo der DDR wieder jährlich in einer Größenordnung zwischen 500 Mio. und 700 Mio. DM wuchs. Nach Auffassung des langjährigen Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, Gerhard Schürer, wäre es ab 1986 angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten in der DDR-Volkswirtschaft, ihrer Innovationsträgheit sowie der immer akuter werdenden Zahlungsprobleme notwendig gewesen, vor dem Hintergrund weltpolitischer Veränderungen und der Entspannungs- und Abrüstungspolitik Gorbatschows für die DDR-Volkswirtschaft und ihre Außenbeziehungen nach neuartigen Lösungsvarianten mit Hilfe der Bundesrepublik zu suchen. Ab 1986 hätten Günter Mittag, Alexander Schalck und Außenhandelsminister Gerhard Beil mit kräftiger Unterstützung Honeckers solche Formen der Kooperation forciert.⁴¹ Diese Kontakte seien vorwiegend mit Spitzenmanagern der westdeutschen Wirtschaft bzw. Vertretern der Unternehmerverbände betrieben worden. Weiteren Gesprächen über die Gewässerqualität der Elbe, den

39 Vgl. Hans Schindler: Deutsche Diplomaten in Deutschland – Fakten und Erinnerungen. In: Detlef Nakath: Deutschlandpolitiker in der DDR erinnern sich, S. 285 ff.

40 Vgl. Horst Lambrecht u. a.: Ost-West-Kooperation. Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 112, Berlin 1990, S. 50 ff.

41 Vgl. Gerhard Schürer: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie. Frankfurt/Oder 1996, S. 245.

deutsch-deutschen Stromverbund, den Ausbau der Transitautobahn zwischen Berlin und Helmstedt sowie zum Projekt des Baus des Domhotels in Berlin maß Schürer Pilotcharakter bei.⁴²

7. Die deutsch-deutschen Beziehungen 1988/89 vor dem Hintergrund dramatisch veränderter internationaler Rahmenbedingungen

Die internationalen Beziehungen, vor deren Hintergrund sich die deutsch-deutschen Kontakte seit dem Honecker-Besuch in Bonn entwickelten, veränderten sich im Vergleich zur ersten Hälfte der achtziger Jahre rasant. Die Bipolarität Europas und der Welt bekam deutliche Risse. Am 7. und 8. Dezember 1987 trafen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und USA-Präsident Ronald Reagan in Washington zu ihrer dritten Gipfelbegegnung zusammen. In der amerikanischen Hauptstadt unterzeichneten sie das INF-Abkommen, das für beide Supermächte den Einstieg in erste echte Abrüstungsschritte im nuklearen Mittelstreckenbereich bedeutete.

Parallel zu den Abrüstungsverhandlungen der Großmächte und zu den Bemühungen um deutschlandpolitische Fortschritte warfen interne DDR-Entscheidungen ab November 1987 erneut Schatten auf die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen. Ende November gingen Sicherheitskräfte gegen die unter dem Dach der Ost-Berliner Zionskirche agierenden unabhängigen Umwelt- und Friedensgruppen vor. Vor dem Bundestag erklärte die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, am 9. Dezember 1987, die Bundesregierung werde nicht darauf verzichten, „Unrecht als das, was es ist, beim Namen zu nennen“⁴³. Am 17. Dezember 1987 zog sie dennoch eine insgesamt positive Bilanz der Entwicklung der Beziehungen: 20 Städtepartnerschaften waren vereinbart, und bei weiteren 14 sei die Bereitschaft der DDR signalisiert worden. Außerdem gab es 1,2 Millionen Reisen von Besuchern aus der DDR unterhalb des Rentenalters und 3,8 Millionen Besuchsreisen von Rentnern. In der Gegenrichtung hätten 5,5 Millionen Besuche stattgefunden. Diese positiven Entwicklungen in den innerdeutschen Beziehungen seien der Erfolg einer Politik der Berechenbarkeit und des Dialogs, der Festigkeit in den Grundsätzen und der Zusammenarbeit in der Praxis.⁴⁴ Die von Bundeskanzler Helmut Kohl zu Beginn seiner Kanzlerschaft

42 Ebenda, S. 246.

43 Vgl. Der Tagesspiegel, 10. Dezember 1987.

44 Vgl. Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1988, S. 113 und 123.

angestrebte und seit 1983 auch praktizierte Kontinuität in den Beziehungen zur DDR verbunden mit neuen Elementen in den kommerziellen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten hatten Früchte getragen.

Am 1. März 1988 beauftragte der Ältestenrat den Bundestagspräsidenten, Phillip Jenninger, Möglichkeiten für eine Aufnahme offizieller Kontakte zur DDR-Volkskammer zu prüfen. Am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse traf der SED-Generalsekretär mit dem Westberliner Regierenden Bürgermeister, Eberhard Diepgen, und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Johannes Rau, zusammen. Diepgen war bereits vier Wochen zuvor, am 11. Februar 1988, von Honecker im Gästehaus des DDR-Staatsrates in Berlin-Niederschönhausen zu einem ausführlichen Gespräch empfangen worden.⁴⁵ Den Aufzeichnungen der Diepgen-Begleitung zufolge wurden in diesen Gesprächen zahlreiche bilaterale Themen wie Gesamtberliner Verkehrsprobleme, Fragen des Umweltschutzes sowie der grenzüberschreitende Reiseverkehr debattiert. Honecker sprach dabei auch die Kontakte der jüdischen Gemeinden in Ost- und West-Berlin an. Er bat Diepgen, „Herrn Galinski wissen zu lassen, dass er die Kontakte der beiden Gemeinden sehr begrüße“.⁴⁶ Diesen Kontakten maß Honecker aus zwei Gründen besondere Bedeutung bei. Zum einen beabsichtigte die DDR-Führung anlässlich des 50. Jahrestages der nazistischen November-Pogrome von 1938 unter der Leitung der „Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum“, mit dem Wiederaufbau der im Krieg schwer zerstörten größten Berliner Synagoge zu beginnen. Andererseits spielten auch außenpolitische Überlegungen eine Rolle: Honecker strebte eine Verbesserung der Beziehungen der DDR zu den USA an und wollte dies unter anderem mit Unterstützung jüdischer Organisationen erreichen.

Erich Honecker und Helmut Kohl hatten in einem Briefwechsel vom 14. Dezember 1987 und 23. März 1988 das Washingtoner Abkommen begrüßt und als „Meilenstein in den Ost-West-Beziehungen“ gewürdigt.⁴⁷ Auf die deutsch-deutschen Beziehungen eingehend, fügte der Bundeskanzler in seinem Brief vom März 1988 hinzu: „Die positive Entwicklung des Jahres 1987 mit Ihrem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland hat mich in der

45 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/678. Vgl. außerdem das von Senatsrat Gerhard Kunze für Diepgen angefertigte Gesprächsprotokoll in Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“, S. 697 ff.

46 Honecker empfing am 6. Juni 1988 den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, zugleich Westberliner Gemeindevorsitzender, Heinz Galinski. Vgl. SAPMO - BArch, DY 30/J IV/927.

47 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit. Berlin 1996, S. 62 ff und 80 ff.

Auffassung bestärkt, dass es gute Chancen gibt, unsere Beziehungen auf allen Gebieten zu verstetigen und auszubauen.“⁴⁸ Kohl ergänzte: „Wir wollen den Frieden sicherer machen, aber wir wissen, dass es wirklichen Frieden nicht geben kann, ohne dass die Rechte der einzelnen Bürger für ein Leben in Humanität und Freiheit gewährleistet sind.“⁴⁹

FDP-Präsidiumsmitglied Otto Graf Lambsdorff kritisierte bei seinem Gespräch mit Honecker am 4. Februar 1988 das Vorgehen der DDR gegen oppositionelle Bürger und befürchtete Auswirkungen auf die beiderseitigen Beziehungen.⁵⁰ Honecker wies die Äußerungen zurück. Die DDR hätte entsprechend den Gesetzen gegen die „Provokationen“ am Tage der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration „rigoros vorgehen“ können und fügte hinzu: „Wenn man an ruhigen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD interessiert sei, dann dürfe man nicht in alte Denkweisen zurückfallen.“⁵¹ Der SED-Generalsekretär war nicht bereit, den angesichts der sowjetischen Perestroika-Politik stärker in die Öffentlichkeit drängenden oppositionellen Gruppen mehr Spielraum zu gewähren. Dies machte er bei jeder Gelegenheit deutlich. Sein Anti-Perestroika-Kurs stieß jedoch auch innerhalb der SED auf Ablehnung und verengte überdies die Möglichkeiten der DDR im deutsch-deutschen Verhältnis.

In den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten liefen die Gesprächskontakte indes weiter. Im Frühjahr 1988 besuchten neben Diepgen und Rau auch Bernhard Vogel, Volker Rühle, Alfred Dregger und Hans-Jochen Vogel den SED-Chef. Ihnen folgten im zweiten Halbjahr Oskar Lafontaine, Martin Bangemann und Wolfgang Schäuble.

Rühle stellte in Auswertung seines Gesprächs mit dem SED-Generalsekretär vor CDU-Funktionären in Hamburg am 30. Mai 1988 fest, „dass ein Gespräch mit Honecker angenehmer und konstruktiver sei als ein Gespräch mit der britischen Regierungschefin“.⁵²

Parallel dazu intensivierte DDR-Staatssekretär Schalck-Golodkowski seine Gesprächskontakte zu westdeutschen Spitzenpolitikern. Mit Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble und dem Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß versuchte er in der Frage der Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe sowie bei der Neufestsetzung der Transitpau-

48 SAPMO - BArch, DY 30/J IV 2/2A/3108.

49 Ebenda.

50 Vgl. Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. S. 689.

51 Ebenda, S. 693.

52 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, S. 106.

schale Fortschritte zugunsten der DDR zu erzielen. Am 5. Mai 1988 reiste Schalck in die Bundesrepublik und traf mit beiden Politikern zu intensiven Gesprächen zusammen. Schalcks Gesprächsvermerke über diese Begegnungen belegen das große wirtschaftliche Interesse der DDR an der Weiterentwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik. Der DDR-Unterhändler teilte seinen Gesprächspartnern mit, dass die DDR seit Anfang 1988 mit der Airbus Industrie verhandele und zwei Flugzeuge bereits fest bestellt habe. Außerdem übergab Schalck an Kanzleramtsminister Schäuble ein „Nonpaper“ der DDR zur Neufestsetzung der Transitpauschale für den Zeitraum 1990 bis 1999.⁵³ Die alte Regelung war auf der Grundlage des Transitabkommens am 16. November 1978 für die Jahre 1980 bis 1989 abgeschlossen worden und sah jährliche Zahlungen der Bundesrepublik an die DDR in Höhe von 525 Mio. DM vor.⁵⁴ Hinzu kam eine am 31. Oktober 1979 vereinbarte Pauschalabgeltung der Straßenbenutzungsgebühren in Höhe von jährlich 50 Mio. DM.⁵⁵ Schäuble machte im Gespräch mit Schalck deutlich, dass aus der Sicht der Bundesregierung zwar eine „bedeutende Erhöhung der jetzt geltenden Transitpauschale denkbar“ sei, lehnte jedoch die DDR-Forderung von jährlich 930 Mio. DM als „unrealistisch“ ab.⁵⁶ Schäuble und Strauß äußerten jedoch gegenüber Schalck, dass sie sich für eine Aufstockung der Pauschalzahlungen an die DDR einsetzen wollten.

Im Ergebnis ihrer Bemühungen unterzeichneten beide Seiten am 5. Oktober 1988 das Protokoll über die Festlegung der Transitpauschale gemäß Artikel 18 des Transitabkommens. Danach sollte die Pauschale für die Jahre 1990 bis 1999 jährlich 860 Mio. DM betragen. Gleichzeitig wurden die Straßenbenutzungsgebühren auf 55 Mio. erhöht.⁵⁷ Damit hätten der DDR ab 1990 jährlich 340 Mio. DM mehr als im Zeitraum zuvor an materiellen Leistungen aus dem Transitverkehr zur Verfügung gestanden. Die Vereinbarungen vom 5. Oktober 1988 über die Transitpauschale sowie die Straßenbenutzungsgebühren waren bis zur Wende in der DDR im Herbst 1989 die letzten größeren Verträge, die beide deutsche Staaten miteinander abgeschlossen haben.

53 Vgl. Ebenda, Dokument 11, S. 90 ff.

54 Vgl. Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachungen und Erklärungen. Bonn 1989, S. 98.

55 Vgl. Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland und zu Berlin (West), S. 109 f.

56 SAPMO - BArch, DY 30, vorl. SED 42168.

57 Vgl. Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980 - 1986. Eine Dokumentation. Bonn 1986, S. 139 ff.

Bundeskanzler Helmut Kohl nahm auf die neue Regelung der Transitpauerschale in einem Schreiben an Erich Honecker vom 19. Oktober 1988 Bezug. Er betonte darin: „Die Regelungen für die Transit- und Straßenbenutzungspauerschale haben auch eine langfristig stabilisierende Wirkung für die Entwicklung der Gesamtbeziehungen; ich gehe davon aus, dass davon die Lösung anderer anstehender Fragen günstig beeinflusst wird.“⁵⁸ Kohl wies auf den im November 1988 vorgesehenen Besuch Schäubles bei Honecker hin⁵⁹ und fügte zur Notwendigkeit von weiteren deutsch-deutschen Vereinbarungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes hinzu: „Nach meiner festen persönlichen Überzeugung stehen hier alle Staaten in Europa ungeachtet ihrer politischen und gesellschaftlichen Systeme in einer besonderen Verantwortungsgemeinschaft gegenüber dieser Generation wie gegenüber kommenden Generationen. Ich hielte es für einen großen Gewinn, wenn die beiden Staaten in Deutschland in diesem Bereich der Zukunftssicherung eine beispielgebende Funktion für unseren Kontinent ausüben würden.“⁶⁰ Auf seinen bevorstehenden Besuch in Moskau vom 24. bis 27. Oktober 1988 und die Gespräche mit KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow ging der Bundeskanzler nicht ein.

Nach dem Tod von Franz Josef Strauß waren auch seine Nachfolger an der Fortsetzung der guten Sonderbeziehungen Bayerns zur DDR interessiert und nutzten die Anwesenheit des Vizekulturministers, Klaus Höpcke, am 15. Dezember 1988 in München, um dies vertraulich zu signalisieren. Während eines Empfangs suchte der frühere Strauß-Intimus Peter Gauweiler das Gespräch mit Höpcke und teilte diesem im Auftrag von Ministerpräsident Max Streibl zur Weiterleitung nach Berlin mit, dass die bayerische Staatsregierung „an der von Franz Josef Strauß in Gang gesetzten Zusammenarbeit mit der DDR festhalte. [...] Nach Auffassung der bayerischen Staatsregierung müsse allen politisch Vernünftigen an einer stabilen DDR gelegen sein.“⁶¹

Auch im ersten Halbjahr 1989 veränderte sich an der gewohnten Reise- und Gesprächsdiplomatie zwischen beiden deutschen Staaten kaum etwas. Fünf Ministerpräsidenten von Bundesländern kamen in die DDR. SPD-Chef Hans-Jochen Vogel führte am 25. Mai 1989 sein achttes Gespräch mit Erich Honecker.⁶² Der letzte hochrangige Politiker, der mit dem SED-Generalse-

58 SAPMO - BArch, DY 30/IV 2/2035/87.

59 Eine Niederschrift des Gesprächs Honeckers mit Schäuble vom 10. November 1988 vgl. in: Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“, S. 818 ff.

60 SAPMO - BArch, DY 30/IV 2/2035/87.

61 SAPMO - BArch, DY 30/42332/2.

ekretär persönlich sprach, war am 4. Juli 1989 Kanzleramtsminister Rudolf Seiters.

Unterdessen hatte sich die Lage in der DDR zugespitzt. Die Fälschung des Ergebnisses der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 war für viele Bürger der letzte Anstoß, Wege zu suchen, um die DDR verlassen zu können. Über Ungarn oder die BRD-Botschaften in Prag und Warschau sowie die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Berlin versuchten DDR-Bürger ihre Ausreise zu erzwingen.

Als die Situation in den Botschaften zu eskalieren drohte, wandte sich Bundeskanzler Kohl am 14. August 1989 mit einem Brief an den SED-Generalsekretär und forderte die DDR auf, „zu konstruktiven Lösungen beizutragen“. Kohl forderte Honecker auf, die Ursachen für die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen in der DDR zu beseitigen.⁶³ Der Ton dieses Briefes unterschied sich in starkem Maße von der sonst üblichen diplomatischen Zurückhaltung im Schriftverkehr zwischen beiden Politikern. Es folgte ein ergebnisloser Besuch von Kanzleramtsminister Rudolf Seiters am 18. August 1989 im DDR-Außenministerium.⁶⁴

In der DDR-Führung gab es zu diesem Zeitpunkt weder die Bereitschaft noch die Fähigkeit zur Änderung der Politik. Honecker lag nach einer Gallenoperation im Krankenhaus und war handlungsunfähig. Interimsparteichef Günter Mittag wagte in Abwesenheit Honeckers keine Entscheidung von politischer Tragweite zu treffen. Später schrieb Mittag über diese Situation: „Vorschnelle Reaktionen in der Öffentlichkeit galt es zugunsten überlegten Handelns in dieser äußerst komplizierten und in gewisser Weise auch unübersichtlichen Situation zu vermeiden. Auch um den Preis, dass es eine Zeitlang keine öffentliche Reaktion der Führung gab, was in der Partei zu Recht negativ empfunden wurde. Das hing natürlich auch mit der Abwesenheit Erich Honeckers zusammen, der sich vorbehalten hatte, diesbezügliche Entscheidungen selbst zu treffen.“⁶⁵

62 Der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel war am 28. Mai 1983 erstmals zu einer Unterredung mit Honecker nach Ost-Berlin gereist. Seit diesem Gespräch traf er einmal jährlich mit dem SED-Generalsekretär zusammen.

63 Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Berlin 1994, S. 95 f.

64 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit, Dokument 37, S. 197 ff.

65 Günter Mittag: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme. Berlin/Weimar 1991, S. 46 f.

In seiner Antwort auf den Kohl-Brief sah Honecker die Ursachen für die Ausreisewelle nach altem Muster ausschließlich außerhalb der DDR: „Die Lösung des entstandenen Problems kann deshalb nur darin bestehen, von seiten der Bundesrepublik Deutschland dafür Sorge zu tragen, dass die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik unverzüglich die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland verlassen.“⁶⁶ Honecker wertete Kohls Bemerkungen über mögliche Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Beziehungen wie in der Zeit des kalten Krieges als „Einnischung in die souveränen Angelegenheiten eines anderen Staates“ und als der „Gestaltung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht dienlich“.⁶⁷

Honecker und Mittag waren offenbar der Ansicht, dass die Sowjetunion in ihrer Haltung zu den Botschaftsflüchtlingen der gleichen Meinung sei wie die SED-Führung. UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse nannte die Vorgänge in einem Brief an seinen DDR-Amtskollegen Oskar Fischer vom 1. September 1989 „Exzesse“, die „durch Versuche einer nicht geringen Zahl von DDR-Bürgern, illegal in die BRD zu gelangen, hervorgerufen“ worden seien. Der sowjetische Außenminister fügte hinzu: „Unsere Einschätzungen des Charakters und der Ursachen dieser Erscheinungen stimmen mit dem überein, was darüber in der DDR gesagt und geschrieben wird.“⁶⁸ In der DDR herrschte allerdings Sprachlosigkeit. Zu den Botschaftsflüchtlingen wurde weder in den Medien noch in den politischen Führungsgremien des Landes diskutiert. In der Bevölkerung allerdings und auch an der SED-Basis brodelte es. Fast alle DDR-Bürger und auch der übergroße Teil der SED-Mitglieder waren über die Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit ihrer Führung empört. Parteiaustritte nahmen zu diesem Zeitpunkt bereits erhebliche Größenordnungen an.

Einzig Rechtsanwalt Wolfgang Vogel pendelte in dieser Zeit häufig zwischen Bonn und Ost-Berlin und auch Schalck versuchte, seine Gesprächskontakte zu nutzen, um Schadensbegrenzung zu betreiben.

Politisch bemerkenswert war in dieser Phase lediglich eine Begegnung Richard von Weizsäckers mit einer Delegation des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels zu Leipzig am 7. September 1989. Der Bundespräsident empfing auf der Terrasse der Villa Hammerschmidt in Bonn unter anderem den stellvertretenden DDR-Kulturminister, Klaus Höpcke, und den Präsidenten des DDR-Schriftstellerverbandes, ZK-Mitglied Hermann Kant. Die

66 Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“, S. 108.

67 Ebenda.

68 Ebenda, S. 113.

DDR-Delegation weilte anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Bücher aus der Deutschen Demokratischen Republik“, die im September 1989 in Köln gezeigt wurde, in der Bundesrepublik. Bei dem Zusammentreffen wurde laut einer Gesprächsnotiz von Höpcke das brennendste Thema im deutsch-deutschen Verhältnis jener Zeit, die Ausreiseproblematik, ausgeklammert. Lediglich die Information des Bundespräsidenten über die beabsichtigte Auszeichnung des Prager Bürgerrechtlers und späteren Präsidenten Tschechiens, Vaclav Havel, mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels hatte Höpcke nach Berlin zu übermitteln.⁶⁹

Andere deutschlandpolitische Aktivitäten waren in der unmittelbaren Vorwendezeit in der DDR nicht mehr möglich und sicherlich auch nicht sinnvoll. Bis zum Beginn der offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 6. und 7. Oktober 1989 wollte das SED-Politbüro die Ausreiseproblematik vom Tisch haben. Es sollte ihre letzte Jubelfeier der gewohnten Art werden.

Die oppositionellen Demonstrationen am 6. und 7. Oktober sowie die erste große Montagsdemonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989 zwang auch die SED-Führung zur Reaktion. Am 18. Oktober 1989 entband das Politbüro Erich Honecker sowie die ZK-Sekretäre Günter Mittag und Joachim Hermann von ihren Funktionen. Politbüromitglied Egon Krenz wurde für 49 Tage Nachfolger Honeckers als Partei- und Staatschef, bis am 3. Dezember 1989 SED-Politbüro und Zentralkomitee geschlossen zurücktraten.⁷⁰

69 Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit. Dokument 40, S. 204 ff.

70 Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan: Die letzten Tagungen des Zentralkomitees der SED 1988/89. Abläufe und Hintergründe. In: Deutschland Archiv, H. 3/1993, S. 296 ff. Außerdem Hans-Herman Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan: Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997, S. 461 ff.